

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 29
Mai
2006

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

Noch vor kurzer Zeit war China ein Thema für Experten. Als die pmg im Oktober 2001 mit unseren Partnern vom Washingtoner Center for Strategic and International Studies einen "U.S.-German Bilateral Dialogue on China" eröffnete, gab es noch zahlreiche Informationsdefizite über die jeweiligen China-Politikansätze beiderseits des Atlantiks. Diese Zeiten gehören nun längst der Vergangenheit an. China ist heute längst mitten unter uns – in Form von High-Tec-Kränen im Hamburger Hafen, über den Ölpreis an den Zapfsäulen unserer Tankstellen und natürlich auch in der Politik.

Vom 21.-23. Mai 2006 wird Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einer großen Delegation in die VR China reisen. Die chinesische Führung knüpft an diesen Besuch hohe Erwartungen. Sie wird dabei sicherlich ausloten, in wie weit sich die deutsche Außenpolitik an den von Berlin bekundeten Wertmaßstäben orientiert und welche nationalen Interessen sie vertritt.

Drei pmg-Mitglieder informieren mit dieser Ausgabe über Chinas Kerninteressen, Energie- und Afrikapolitik und geben darauf aufbauend eine Reihe von Empfehlungen.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

THEMEN

Chinas Kerninteressen

Will man die Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik der VR China näher analysieren, ist ein Blick auf die Kerninteressen Pekings unverzichtbar.

- Primäres Interesse ist der Wunsch nach Stabilität, nach innen und nach außen. Peking braucht ein stabiles Umfeld, um die Modernisierung des Landes vorantreiben zu können.
- Sicherstellung der Souveränität und Integrität des Landes.

In dieser Ausgabe

AKTUELL

Die Bundeskanzlerin in China: Hintergrundanalyse und politische Empfehlungen

von Dr. Peter Roell
von Dr. Frank Umbach
von *atlanticus*

- 1 Chinas
Kerninteressen**
- 2 Chinas Energie-
unsicherheit –
Auswirkungen für
die deutsche und
europäische Ener-
gieaußenpolitik**
- 4 Pekings Politik in
Afrika**
- 5 10 Politische
Empfehlungen**

- Wiedervereinigung mit Taiwan, wobei die chinesische Führung der Wirtschaftsentwicklung des Landes eine größere Aufmerksamkeit widmen will.
- Im Rahmen der strategisch orientierten offensiven Außenpolitik vermehrtes Engagement in Lateinamerika, Afrika und den zentralasiatischen Republiken zum Zwecke der Energie- und Rohstoffversorgung. Dabei Sicherung chinesischer Interessen in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen.

- Zurückdrängung des amerikanischen Einflusses aus der asiatisch-pazifischen Region, jedoch keine völlige Verdrängung. Betonung des Kooperationswillens der VR China im Falle von Differenzen mit den USA.
- Aufrechterhaltung oder Verwirklichung von Souveränitätsansprüchen im Südchinesischen Meer.
- Modernisierung der chinesischen Streitkräfte, mit Schwerpunkt Luft- und Seestreitkräfte, um regionale Ambitionen in der asiatisch-pazifischen Region glaubwürdig vertreten zu können.

THEMEN

Chinas Energieunsicherheit – Auswirkungen für die deutsche und europäische Energieaußenpolitik

Kaum eine andere außen- und sicherheitspolitische Herausforderung der asiatisch-pazifischen Region ist in Europa bis vor kurzem so übersehen worden wie jene der energiepolitischen Implikationen für die Außen- und Sicherheitspolitik der Regionalstaaten sowie die regionale und globale politische Stabilität. Vor allem die Auswirkungen des rapide steigenden chinesischen Energiebedarfs (einschließlich für Europa und die EU) für eine global stabile Energieversorgung und weltordnungspolitische Herausforderungen wurden dabei in Europa weitgehend ignoriert oder in ihrer strategischen und globalen politischen Bedeutung verkannt. Erst im Zuge der gegenwärtigen Iran-Krise und der Weiterleitung der iranischen Nuklearfrage an den UN-Sicherheitsrat, der nicht nur von Russland, sondern vor allem auch von Peking blockiert worden war, wurde die enge Verflechtung zwischen der chinesischen Energie- und seiner globalen Außen- sowie Sicherheitspoli-

tik deutlich. Dies gilt umso mehr, als auch die chinesische Sudan- und Afrikapolitik in hohem Maße durch die Energieabhängigkeit Pekings erklärt wird.

Auch ist unverkennbar der Aufbau von Marinestützpunkten (wie Gwadar in Pakistan) und Geheimdiensteinrichtungen ("Pearl of String"-Strategie) entlang des Indischen Ozeans, der Malakka-Straße und des Südchinesischen Meeres als langfristige Absicherungsstrategie für die rapide zunehmenden maritimen Energieimporte aus dem Mittleren Osten (vor allem Iran und Saudi-Arabien) und als integraler Bestandteil einer auf 30-40 Jahre angelegten Marinestrategie zum Aufbau einer mit den USA konkurrenzfähigen "Blue Water Navy" erkennbar.

Insofern werfen der steigende asiatische Energiebedarf im Allgemeinen und der chinesische im Besonderen sowie insbesondere Pekings ehrgeizige neo-merkantilistische und zumeist aktionistische "Energiediplomatie" zahlreiche Fragen nicht nur für die asiatisch-pazifische Region und die USA auf, sondern auch hinsichtlich der globalen Energieversorgung sowie der weltweiten außen- und sicherheitspolitischen Ordnungspolitik – und damit auch der EU und Deutschlands. Einige Fakten des asiatischen und chinesischen Energiebedarfs während der letzten 15 Jahre sollen dies unterstreichen:

- Seit 1990 ist China zum Nettoimporteur von Energie und seit November 1993 auch zum Nettoimporteur von Rohöl geworden.
- Das Ungleichgewicht zwischen dem aus dem Wirtschaftswachstum und der Bevölkerungszunahme resultierenden Bedarf sowie der einheimischen Energieproduktion nimmt tendenziell weiter zu, so dass China bereits im Jahr 2000 nur noch 70 Prozent seines gesamten Energiebedarfs aus eigenen Vorkommen decken konnte.
- Im Zeitraum 1993-2002 stieg der chinesische Ölverbrauch um fast 90 Prozent, während

die nationale Ölproduktion nur um 15 Prozent zunahm.

- Inzwischen ist China mit rund 13 Prozent der Weltenergie nachfrage Ende 2005 (2004: noch 11 Prozent) zum global zweitgrößten Energiekonsumenten nach den USA aufgestiegen, während das Land gleichzeitig der drittgrößte globale Energieproduzent und der weltweit größte Verbraucher von Kohle ist.
- Im Zeitraum 2000-2004 ist China allein für 40 Prozent des Anstiegs der globalen Rohölnachfrage verantwortlich. China verfügt aber nur über 2,43 Prozent der derzeit weltweit nachweisbaren Rohöl- und 1,2 Prozent der globalen Erdgasreserven.
- Gleichzeitig wird sich auch die Erdgasnachfrage in China im Zeitraum bis 2030 vermutlich von 32 Milliarden Kubikmetern (bcm) im Jahr 2000 auf 61 bcm in 2010 und 162 bcm im Jahr 2030 verfünffachen.
- Setzen sich die gegenwärtigen Energietrends linear fort, könnte China in weniger als 30 Jahren sogar die USA beim Primärenergieverbrauch überholt haben. Vorerst aber ist China mit erheblichen innenpolitischen Strukturschwächen in seinem staatlichen Energiesektor konfrontiert, der trotz zahlreicher staatlicher Eingriffe, neuen staatlichen Regulierungsbehörden und Reformen in den letzten Jahren nicht wirklich zu größeren Energieeinsparungen und verbesserter Energieeffizienz geführt hat.

Auswirkungen für die EU-Politik

Vor dem Hintergrund eines zunehmenden "Energie- und Ressourcennationalismus" nicht nur in Asien könnten die gegenwärtigen strategischen Trends zwischen weltweit steigender Energienachfrage und -produktion in der Zukunft auch negative außen- und sicherheitspolitische Auswirkungen haben und die Konkurrenz über strategische Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas verschärfen. Dies gilt vor allem dann, wenn sich die globalen Liberali-

sierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungsreformen nicht ausreichend oder schnell genug weltweit durchsetzen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass vor allem der weltweite Rohölmarkt (und zunehmend auch der globale Gasmarkt) von zahlreichen politischen Faktoren abhängig und stark beeinflusst ist.

Vor allem in Asien könnten sich aber aufgrund historisch traditionellen Autarkiedenkens (insbesondere in China) – mit Auswirkungen bis in die Gegenwart – und problematischer bilateraler Beziehungen ohnehin bestehende strategische Konkurrenzen (besonders zwischen China, Indien, Japan, Korea u.a.) verschärfen und den seit Mitte der 90er Jahre zu beobachtenden Rüstungsaufwuchs in einer von großer Unsicherheit und dynamischem Wandel geprägten Weltregion zu einem wirklichen regionalen Rüstungswettlauf eskalieren lassen. Dies zeigt sich gegenwärtig an den Territorial- und Ressourcenkonflikten in Nordostasien mit ihren globalen Auswirkungen (russisch-chinesischer Pipelinebau; Territorial- und Ressourcenkonflikte zwischen Japan und China um die Senkaku-Inseln sowie jener zwischen Südkorea und Japan um die Dokdo-/Takeshima-Inselgruppe). Vor diesem Hintergrund sollte sich die "Energieaußenpolitik" Deutschlands und der EU gegenüber China von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen:

1. Im Zeitalter einer sich beschleunigenden Globalisierung werden die deutsche und europäische Energiepolitik und Versorgungssicherheit immer stärker von geopolitischen Faktoren beeinflusst. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der russischen, chinesischen und indischen Energiepolitik, wo staatliche Energiekonzerne nicht nach primär betriebswirtschaftlichen Gewinninteressen, sondern auch oder sogar vorherrschend nach außen- sowie geopolitischen Interessen agieren.
2. Die EU, China, Indien und andere Großmächte wie die USA und Japan konkurrieren um

dieselben Energieressourcen im Mittleren Osten, Russland, Zentralasien und Afrika. Somit wird die Frage, ob diese Länder fähig und politisch willens sind, durch stärkere Kooperation die regionale und globale Energieversorgung zu sichern oder ob sie in noch größere Konkurrenz verfallen, davon abhängen, ob sie einer "Markt-Strategie" oder einem "strategisch-geopolitischen Ansatz" bei ihrer Energiepolitik folgen. Eine noch größere Konkurrenz könnte zu strategischen Rivalitäten, Ressourcenkonflikten oder sogar zu offenen gewalttätigen Konflikten führen. In Asien ist eine verstärkte Ressourcenkonkurrenz – vor allem zwischen China, Japan, Indien und den USA – bereits seit Mitte der 90er Jahre erkennbar.

3. Unter diesen Umständen müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre verstärkte Aufmerksamkeit der Bedeutung geopolitischer Faktoren für ihre eigene Energiesicherheit schenken, ohne ihren marktwirtschaftlichen Grundansatz für die längerfristige Zukunft aufzugeben. Die Frage der europäischen Versorgungssicherheit kann dabei faktisch jedoch nicht länger der europäischen Industrie überlassen werden, sondern muss als außen- und sicherheitspolitische Herausforderung im Kontext eines erweiterten Sicherheitsbegriffs verstanden werden. Sie ist somit primär Aufgabe der Nationalstaaten der EU und bedarf einer verstärkten EU-Kooperation mit der Zielsetzung einer wirklich Gemeinsamen Europäischen Energiepolitik (GEEP). Nationalstaatliche Ansätze und Strategien allein sind bereits heute unzureichend, um global die Herausforderungen einer verstärkten Ressourcenkonkurrenz zu bewältigen und eine verstärkte regionale sowie globale Energiekooperation zu beeinflussen.
4. Die Lösung der Energieprobleme (vor allem des Bedarfs und damit des ausreichenden Imports) ist direkte Vorausset-

zung für ein hohes Wirtschaftswachstum der nächsten Jahre. Nur ein ähnlich hohes Wirtschaftswachstum von zumindest 6-8 Prozent garantiert der chinesischen Führung, dass sie auch die zunehmenden sozio-ökonomischen Probleme in der Innen- und Wirtschaftspolitik lösen kann. Damit aber ist die Frage der Energiesicherheit unmittelbar mit jener um die zukünftige Regimesicherheit verbunden – mit entsprechend hohen Hürden für die Außenwelt.

5. Das Ziel des Westens, Chinas Einbindung in internationale Strukturen – unter der Voraussetzung, dass Peking die gleichen Regeln befolgt wie andere Staaten – zu forcieren, wird das wichtigste strategische Ziel und die wichtigste strategische Voraussetzung für die nächsten Jahre bleiben. China ist bereits heute ein globaler "Stake-Holder", der jedoch weltpolitische Verantwortung für Fragen von Frieden und Sicherheit nur begrenzt übernimmt bzw. der sich weiterhin von eher kurzfristigen und damit oft kurzfristigen Wirtschaftsinteressen leiten lässt, anstatt primär globalen ordnungspolitischen Stabilitätsinteressen zu folgen.
6. Seitens der EU und Deutschlands gilt es daher in den jeweiligen Energiedialogen mit China, nicht nur Peking weiterhin mit Technologietransfers zur Verbesserung von Energieeffizienz, -einsparungen und des Umweltschutzes unter die Arme zu greifen. Vielmehr ist auch eine kritische Diskussion über die chinesischen Energiestrategien und die infolge der chinesischen Energieabhängigkeiten von Importen resultierenden außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen notwendig. Die globalen Bemühungen zur Aufgabe der iranischen Nuklearwaffenambitionen sind hierbei nur ein aktuelles Beispiel. Ein weiteres sind die Bemühungen Chinas und Indiens, Beziehungen zu "states of concern" (wie Myanmar, Sudan oder Simbabwe) auf-

zubauen, um deren Energie-ressourcen für die eigene Wirtschaft zu nutzen. Die Bemühungen aber untergraben in der politischen Realität sehr oft Versuche der USA und der EU, diese Staaten politisch und wirtschaftlich zu sanktionieren und isolieren, um so politische und wirtschaftliche Reformen zu forcieren. Dies ist zugleich eine Hauptherausforderung und eines der größten Dilemmas der Chinapolitik der EU im nächsten Jahrzehnt: Europäische und westliche Sicherheitsinteressen weltweit zu schützen, gleichzeitig Chinas Energie- und Umweltprobleme gemeinsam zu bewältigen, ohne dabei China in die Arme von Paria-Staaten zu treiben bzw. treiben zu lassen.

THEMEN

Pekings Politik in Afrika

China verändert die Welt. Das rasante Wirtschaftswachstum der Volksrepublik wird begleitet von einer immer intensiver werdenden Suche nach Rohstoffen und Energieträgern. Zwangsläufig gerät damit auch Afrika ins Visier der global konzipierten chinesischen Politik.

Afrika als Öllieferant

1993 wurde die VR China zum Nettoimporteur von Erdöl. Bereits 10 Jahre später, im Jahre 2003, überflügelte das Reich der Mitte den asiatischen Konkurrenten Japan als zweitgrößten Importeur von Erdöl nach den USA.

Heute liefert Afrika 28,7 Prozent der Erdölimporte Chinas bei steigender Tendenz. Auch sind 76 bis 100 Prozent des Zuwachses der weltweiten Nachfrage nach afrikanischen Rohstoffen wie Kupfer und Zink unmittelbar auf das chinesische Wirtschaftswachstum zurückzuführen.

Kein Zweifel also: Peking ist dabei, in Afrika vitale Anliegen in langfristiger Perspektive zu verfolgen. Gut ausgestattete Botschaften in nahezu allen afrikanischen Staaten, eine rege Reisediplomatie, ein Radiosender in Kisuaheli und Mandarin sowie die vor kurzem erfolgte Publikation eines "Weißbuches Afrika" sind eindeutige Belege für die Politik einer weltweit agierenden Großmacht.

Staatseigene Ölfirmen treiben in Afrika eine systematische chinesische Petro-Diplomatie. Die *China National Petroleum Corporation* sucht zielgerichtet den Zugang zu Nischenmärkten. Dazu gehören in erster Linie jene Beschaffungsmärkte, die aufgrund internationaler Kritik oder Sanktionen wenig umkämpft werden, sowie Staaten, deren Erdölkonzessionen noch nicht vollständig verteilt sind. Vor allem die Förderländer am Golf von Guinea sind bereit, einer Partnerschaft mit Peking den Vorrang einzuräumen und die bisher in Afrika dominierenden Ölkonzerne aus den USA, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden auf die hinteren Plätze zu verweisen.

Interessen statt Prinzipien

Afrikas Herrscher schätzen die nüchterne Interessenpolitik der Chinesen. Geschäfte mit Peking bedeuten für sie leichtes Geld, dessen Verwendung nicht an entwicklungs- oder gesellschaftspolitische Vorgaben gekoppelt ist. Sicherlich: Auch das Reich der Mitte knüpft seine großzügigen Dollarkredite an Bedingungen. Doch afrikanische Regierungen zeigen sich eher bereit, chinesische Waffen oder Rüstungsgüter zu kaufen als freie und faire Wahlen durchzuführen, die den westlichen Gebern lieb und teuer sind.

Unverkennbar ist die chinesische Afrikapolitik Teil einer global denkenden Machtstrategie und einer scharf kalkulierenden Exportwirtschaft. Peking verfolgt keine entwicklungspolitischen oder menschenrechtlichen Anliegen. Das zeigt sich beim offenkundigen Bemühen, Afrika als Absatzmarkt der chinesischen Rüstungsindustrie zu erschließen ebenso wie bei

der Exportstrategie der chinesischen Textilunternehmen, deren Billigprodukte den afrikanischen Markt überschwemmen. Aber auch andere einfache Konsumgüter chinesischer Herkunft, etwa im Bereich der Unterhaltungselektronik, verdrängen in Afrika zaghafte Ansätze zum Aufbau kleiner und mittlerer Produktionsstätten. Neben der Erschließung neuer Absatzmärkte aber geht es Peking vor allem um die weltweite Unterstützung in der Taiwan-Frage, um Bauaufträge und immer wieder um Öl, Pipelines, Raffinerien und Hafenanlagen.

Ob in Angola, Nigeria, Gabun oder Äquatorialguinea: China investiert Milliarden in die Erschließung von Ölquellen und hat nicht die Absicht, in Afrika Fehlinvestitionen zu tätigen. Deshalb setzt Peking auf Systemstabilität und nicht auf demokratische Experimente. Robert Mugabe in Simbabwe, Teodoro Obiang Nguema in Äquatorialguinea, Omar Bongo Ondimba in Gabun, die Regierungen in Luanda oder Khartum werden nach Nützlichkeitsgesichtspunkten, nicht nach der Menschenrechtslage beurteilt. 85 Prozent des sudanesischen Öls werden durch das Rote Meer und die Straße von Aden in die VR China verschifft. Was interessieren da störende CNN-Berichte über Massaker und Flüchtlingslager in Darfur?

Schwieriger Wegbegleiter

Wie also soll sich die EU, immerhin größter Geldgeber Afrikas, gegenüber der chinesischen Afrikapolitik verhalten? Kann das rasch zunehmende Gewicht Chinas in Afrika am Ende vielleicht doch noch konstruktiv genutzt werden?

Die deutsche Beschäftigung mit Afrika neigt dazu, den Kontinent ausschließlich unter entwicklungs- und menschenrechtlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Macht- und interessenpolitische Aspekte werden vernachlässigt oder ganz verdrängt. Gerade die Afrikapolitik der VR China aber kann – etwa im Zusammenhang mit der Darfur-Frage – ein Ansporn sein, unseren südlichen Nachbarkontinent

endlich auch aus sicherheitspolitischer Perspektive zu sehen und daraus Konsequenzen für das Verhältnis zu China abzuleiten.

Peking verfügt in Afrika über ein erhebliches Stör- und Einflusspotential, sei es durch die Nutzung seines Veto-Rechts zur Blockade von VN-Sanktionen oder durch die Unterstützung repressiver und destabilisierender Regime wie in Simbabwe. Die europäische Afrikapolitik kann es sich nicht mehr leisten, den Faktor China zu ignorieren. "Wähle Dir einen Wegbegleiter und erst dann den Weg!" empfiehlt ein altes nordafrikanisches Sprichwort. Dieser Rat könnte hilfreich sein.

Wer verhindern möchte, dass internationale Bemühungen zur ökonomischen und demokratischen Entwicklung Afrikas unterlaufen und Programme zur Eindämmung von Misswirtschaft und Korruption wirkungslos bleiben, muss China aus entwicklungspolitischen, aber auch aus sicherheitspolitischen Erwägungen in die internationale Afrikapolitik einbeziehen. Kritische Fragen müssen auch im Gespräch mit Peking ernsthaft und regelmäßig gestellt werden. Warum unterläuft Peking mit seinen Waffenlieferungen die internationalen Bemühungen, den Export von *small arms* nach Afrika zu unterbinden? Welche Möglichkeiten sieht Peking, verstärkt an entwicklungspolitischen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft in Afrika teilzunehmen? Die chinesischen Gesprächspartner werden sich auf dem Weg zu einem stabilen Afrika als schwierige Begleiter erweisen. Aber ohne oder gar gegen sie werden westliche Entwicklungsstrategien in Afrika künftig in eine Sackgasse führen.

THEMEN

10 Politische Empfehlungen

1. Die politischen Eliten in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union sollten erkennen, dass die VR China nicht nur ein wichtiger strategischer Partner, sondern in zunehmendem Maße zugleich auch ein strategischer Wettbewerber werden wird. Mit China einen Dialog über Fragen von strategischer Relevanz zu führen, so zum Beispiel über die sich deutlich abzeichnenden Ambitionen des Iran, Atommacht werden zu wollen, wird daher zukünftig um so wichtiger.

Die Kanzlerin sollte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, dass die Bundesregierung auch weiterhin eine diplomatische Lösung mit dem Iran anstrebt, der internationale politische Druck jedoch weiter erhöht werden muss. Da sich die US-Regierung aber alle Optionen offen hält, kann auch ein militärischer Schlag gegen den Iran nicht ausgeschlossen werden. Eine militärische Eskalation ist sicherlich nicht im chinesischen Interesse, da 80 Prozent der Öltransporte über die Straße von Hormuz und die Malakka-Straße nach China abgewickelt werden. Die europäischen und amerikanischen Bemühungen zur Beilegung des Iran-Konflikts zu unterstützen, lägen somit in ureigenstem chinesischem Interesse, da eine iranische Nuklearwaffenoption die zukünftige politische Stabilität in der gesamten Golfregion in Frage stellt.

2. Die Aussage der Kanzlerin, dass sich die deutsche Außenpolitik auch stärker an Werten orientieren wird, sollte auch an den Reiseaktivitäten von Frau Dr. Merkel erkennbar werden. Für die asiatisch-pazifische Region bedeutet dies: Stärkung der Zusammenarbeit mit demokratischen Staaten wie Japan, Indien, Australien sowie Indonesien als bedeutsamsten Land der ASEAN-Staatengemeinschaft im Sinne einer ausgewogeneren sowie

weniger China- und wirtschaftslastigen Asienpolitik, wie dies das Auswärtige Amt seit Sommer 2005 bereits als Lehre aus dem Rüstungsembargokonflikt mit China zu implementieren versucht.

3. Unterstrichen werden sollte die Haltung der Bundesrepublik Deutschland, Konflikte mit friedlichen Mitteln beizulegen. Dies gilt insbesondere auch für die Beziehungen Pekings gegenüber Taiwan, da China inzwischen mehr als 700 Kurz- und Mittelstreckenraketen an der Küste gegenüber Taiwan disloziert hat und den militärischen Druck zusätzlich durch die Stationierung von Hunderten von Marschflugkörpern in den nächsten Jahren erhöhen wird. In diesem Kontext sollten Deutschland und die EU vor allem gegenüber Peking auf einer Demilitarisierung der Beziehungen dringen.

4. Die Bemühungen der VR China zur Fortführung der Sechsparteien-Gespräche werden von Deutschland begrüßt. Eine schrittweise Annäherung zwischen Nord- und Südkorea sollte politisch und wirtschaftlich unterstützt werden, wenn die Verhandlungen voranschreiten und dies aus Sicht der 6-Verhandlungsparteien für sinnvoll erachtet wird (komplementäre statt auf Konkurrenz setzende EU-Politik ist hierbei notwendig).

5. Da die Bundesrepublik Deutschland demokratische und sicherheitspolitische Reformen in Afrika fördert, unterminiert die Unterstützung der VR China so genannter Paria-Staaten, wie zum Beispiel Zimbabwe und Sudan, internationale Ordnungsbemühungen. Hier sollte China mit Bedacht und mehr im Sinne langfristiger Stabilitätsinteressen agieren, da ansonsten verschärfte Auseinandersetzungen auch mit der EU zu erwarten sind.

6. Hinweis auf die chinesische Produktpiraterie, die sich negativ auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auswirkt. Immer mehr deutsche Firmen, insbesondere die der mittelständischen Wirtschaft, ziehen sich aus dem Chinesengeschäft zurück.

7. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China sollte fortgesetzt werden, wobei Berlin darauf achten sollte, dass Peking in die Finanzierung von ganz konkreten Projekten mit eingebunden wird. Dessen ungeachtet ist in der EU zu überprüfen, inwieweit der offizielle Entwicklungsstatus für China noch unter wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten zeitgemäß ist. Als zunehmende wirtschaftspolitische Supermacht – wenn auch mit erheblichen innenpolitischen Disparitäten und strukturellen Verwerfungen – leistet sich China heute bereits den zweit- oder drittgrößten Verteidigungshaushalt der Welt und unterhält eines der ehrgeizigsten Weltraumprogramme, das vor allem militärischer Natur ist und aus dem Verteidigungshaushalt bezahlt wird. Die konkreten und sinnvollen Entwicklungsprogramme sollten gleichwohl unter anderen "Dächern" und Programmen fortgeführt werden.

8. Die Bundesrepublik Deutschland sollte auch weiterhin in den Bereichen ihre Unterstützung und Beratung anbieten, in denen die VR China große Probleme hat, wie zum Beispiel Umweltproblematik und Ressourcenausstattung, Verbesserung der Energieeffizienz und -einsparung, Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit, Engpässe im Bereich Infrastruktur, Probleme im Banken- und Finanzsektor, Migrationsbewegungen, starke Einkommensunterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen, sich abzeichnende Probleme aufgrund der demographischen Entwicklung in der VR China etc.

9. Die Asienpolitik der Bundesrepublik Deutschland wird in der Gesamtkonzeption der außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen unseres Landes, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU und der Zukunft der transatlantischen Beziehungen an strategischer Bedeutung gewinnen. Somit ist es auch im Bundeskanzleramt zwingend erforderlich, eine entsprechende Asienexpertise aufzubauen.

Generell gilt es, die Informationsgewinnung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union über politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklungen in der VR China zu verbessern. Hierzu können beitragen:

- Regelmäßige Berichterstattung der deutschen Botschaften über chinesische Aktivitäten in ihren Gastländern. Da die VR China im Rahmen ihrer "soft policy" auch ihre kulturellen Aktivitäten massiv verstärkt, sollte ebenfalls darüber berichtet werden.
- Beauftragung der Delegationsbüros der Europäischen Kommission zur kontinuierlichen Berichterstattung über Chinas Aktivitäten in den Einsatz- und Zielländern.
- Bereitstellung dieser Informationen an das Situation Center (SITCEN) im Ratssekretariat in Brüssel zum Zwecke der Analyse.
- Verbesserung der Kooperation zwischen dem Krisenzentrum der EU-Kommission und dem SITCEN auf dem Gebiet Open Sources Intelligence (OSINT).
- Stärkere operative Nutzung der Expertise politischer Stiftungen, wissenschaftlicher Institutionen wie Think Tanks in der Bundesrepublik Deutschland und in der EU.
- Nutzung des Joint Research Centers in Brüssel.
- Anhebung des Wissenstandes innerhalb der Europäischen Union, basierend auf Chinaanalysen des SITCEN als Grundlage für politische Entscheidungen.

10. Als wichtiges Element einer auf Erfolg gerichteten Politik sollten sich die politischen und wirtschaftlichen Eliten in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union auch verstärkt eine interkulturelle Kompetenz aneignen, zumal in diesem Bereich ein erheblicher Nachholbedarf besteht.

Dr. Peter Roell, Berlin
Dr. Frank Umbach, Berlin
atlanticus

Dr. Peter Roell ist Präsident des Instituts für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) in Berlin.

Dr. Frank Umbach ist Resident Fellow am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin und Co-Chair von CSCAP-Europe.

Die Beiträge geben die persönlichen Auffassungen der Verfasser wieder.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

AKTUELL

Journal der
 Politisch-Militärischen
 Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: 0173-5497942

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der **pmg**.

